

# Platz abbeck

Nr. 7, 18. Dezember 2012

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**  
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Die Stadt muss Ausbildungsanstrengungen erhöhen!

2013 werden gleichzeitig zwei Jahrgänge mit dem Abitur fertig: Der letzte Jahrgang, der 13 Jahre zum Abitur braucht und der erste Jahrgang, der nur zwölf Jahre Zeit dazu hat. Der Rat der Stadt Köln hat deshalb auf Initiative der Fraktion der LINKEN im Jahr 2010 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der eine bessere Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs sicherstellen sollte. Eine dieser Maßnahmen waren mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt und den stadtnahen Betrieben.

Doch in diesem Jahr wird die Stadtverwaltung die festgesetzte Ausbildungsquote von 6 % erneut dramatisch unterschreiten. Waren 2011 wenigstens noch 5,31 % aller städtischen Mitarbeiter Auszubildende, verschlechtert sich in diesem Jahr das Verhältnis auf 4,95 %. Nach einer Anfrage der Fraktion zeigt sich, dass die Stadt zu wenig von den vereinbarten Maßnahmen umgesetzt und den Ernst der Lage unterschätzt hat. Immer noch fehlen 134 Ausbildungsplätze bei der Stadt, um wenigstens auf die auch unabhängig vom doppelten Abiturjahrgang gültige Quote zu kommen!

Eine Ausweitung der Ausbildungsplätze im gewerblich-technischen bzw. marktgängigen Bereich wird von der Verwaltung abgelehnt. Als Grund wird die begrenzte Anzahl geeigneter Ausbilderinnen und Ausbilder angeführt. Außerdem werde geprüft, „ob neue Berufsbilder im Jahr 2013 implementiert werden können. Dazu gehören aktuell denkbare Ausbildungs- bzw. Studiengänge in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Veranstaltungsmanagement und Bauingenieurwesen/Bauzeichner.“

Neue Ausbildungsgänge einzurichten, ist eine gute Idee. Aber wir brauchen diese Ausbildungsplätze bereits im September 2013. Der Beschluss zur besseren Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs ist über zwei Jahre alt. Auch das Verfehlen der Ausbildungsquote war bereits im Juni dieses Jahres abzusehen. Jetzt ist die Zeit sehr

## Die Kölner Gesamtschullüge

Als die Schuldezernentin im vorigen Jahr die „integrierte Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ vorlegte, stachen zwei Widersprüche ins Auge: Zum einen gestand die Verwaltung ein, dass „jährlich ... in Köln 600 bis 800 Schüler an den Gesamtschulen nicht aufgenommen werden“, weil die Platzkapazitäten fehlen. Dagegen war schon immer und ist auch weiterhin klar, dass für jede Gymnasialanmeldung ein entsprechender Platz im Stadtgebiet zur Verfügung steht.

Der zweite Widerspruch lag in der Tatsache, dass in dem Planungspapier nur vage von der Notwendigkeit neuer Gesamtschulen die Rede war, während eine klare Orientierung zu den damals neu entstehenden Gemeinschaftsschulen zu erkennen war. Die Gemeinschaftsschule ist inzwischen abgeschafft. An ihre Stelle trat im Zuge des - sehr zu Unrecht - viel gerühmten NRW-Schulkompromisses die Sekundarschule.

Im April 2012 legte die Schulverwaltung ein Papier namens „Konkretisierung

der Schulentwicklungsplanung Köln 2012“ vor. Dort war jetzt endlich eine stärkere Akzentsetzung auf die Gesamtschulentwicklung festzustellen. Unter der Überschrift „Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten“ wurden sieben potentielle Projekte zur Einrichtung neuer Gesamtschulen in Köln vorgestellt.

Die Initiative: Mehr Gesamtschulen in Köln (i:mgik) analysierte diese Projektliste und musste damals feststellen, „dass jedes dieser vorgeschlagenen Schulprojekte auf wenig solidem Grund steht“. Es handelte sich um Prüfoptionen, optionale Vorstellungen und in einem Fall um ein Projekt, das gar nicht durch die Stadt, sondern in privater Trägerschaft vorangetrieben wurde.

Dagegen enthielt die „Konkretisierung...“ aber zehn relativ solide dargestellte Sekundarschulprojekte. Obwohl man also angeblich jetzt den Rückstand der Gesamtschulkapazitäten beheben wollte, lief die Stoßrichtung der Planung immer noch eher auf eine Vermeidung des Gesamt-



**Unter dem Motto „Kürzer geht nicht“ kämpft DIE LINKE gegen den Kölner Sparhaushalt, der wichtige soziale Strukturen in unserer Stadt zerschlagen will. Stattdessen wollen DIE LINKEN die Einnahmeseite der Stadt stärken und sich das Geld da holen, wo es im Überfluss vorhanden ist: Z. B. in den munter weiter wachsenden Vermögen Einzelner.**

**Siehe auch unsere Artikel auf Seite 7**

➔ **Fortsetzung Seite 2 unten**

**Internetadresse: +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)**

schulbaus und auf die willfährige Übernahme des Schulkonsens-Resultats Sekundarschule hinaus.

Mit diesem Kurs ist aber nun die Kölner Schulverwaltung kläglich gescheitert. Eine Befragung der Eltern der Dritt- und Viertklässler zu ihren Schulwahlwünschen für ihre Kinder ergab jetzt, dass sich lediglich 2 % für Sekundarschulen aussprachen. Die sind damit für Köln endgültig aus der Diskussion. An der Spitze liegt das Votum für den Übergang zum Gymnasium mit 51 % minus 4 % weniger als 2009. Für die Gesamtschule sprachen sich 26 % der Eltern aus plus 3 % mehr als 2009.

Damit wurde also deutlich, dass es einen zunehmend hohen Anteil an Eltern gibt, die die Gesamtschule wollen. Die Kölner Schulverwaltung aber hat dieses Votum traditionell und bis ins laufende Jahr hinein ignoriert. Und dieses Ignorieren wird sogar noch fortgesetzt. Im Zuge der Bekanntgabe der erfragten Elternwünsche tat die Schuldzernentkund, dass die Idee der Sekundarschule nun nicht mehr weiter verfolgt werde und dass es jetzt stattdessen erhebliche

Anstrengungen zur Ausweitung der Gesamtschul-, aber auch - man höre und staune! - der Gymnasialkapazitäten geben wird.

Schaut man aber genauer hin, wie die erheblichen Anstrengungen zur Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten nun aussehen sollen, so stößt man auf exakt dieselbe Liste, die schon im April präsentiert worden war. Inzwischen aber hat sich erwiesen, wie berechtigt die damaligen Zweifel der i:mgik waren: Eine Gesamtschule ist wohl tatsächlich an den Start gegangen - aber eben die private! Bei einigen der genannten Projekte steht jetzt fest, dass sie nicht realisierbar sind. Eine Gründung wird für 2013 angekündigt. Und ansonsten begnügt man sich damit, an zwei bestehenden Gesamtschulen zwei zusätzliche Züge mit insgesamt 56 Plätzen einzurichten. Die Verwaltung gibt zu, dass auch danach der nicht gedeckte Bedarf an Gesamtschulplätzen im kommenden Jahr bei mindestens 680 liegen wird.

In 30 Jahren hat die Stadt Köln lediglich eine neue Gesamtschule eingerichtet -

und auch die nur auf gehörigen Eltern- druck. Wie selbstverständlich wurde aber während dieser Zeit und bis heute hingenommen, dass jährlich 600 - 800 Kindern der angestrebte Gesamtschulplatz verwehrt wird. Der Gymnasialbedarf hingegen konnte stets bedient werden. Allenfalls war der Weg in einen anderen Stadtteil erforderlich.

Trotz aller verbalen Bekenntnisse zu einer offensiven Erweiterung der Gesamtschulkapazitäten wird von Planungspapier zu Planungspapier immer deutlicher, dass die Schulverwaltung nicht daran denkt, sich an ihre Worte zu halten. Auch in Köln bleibt es beim schulpolitischen Kurs der gymnasialen Eliteorientierung bei gleichzeitigem Fortbestand der Unterkapazitäten im Gesamtschulnetz. Zu Recht spricht die i:mgik inzwischen von einer Gesamtschullüge. Dahinter ist eine deutliche Distanz zum Grundkonzept der Gesamtschule zu vermuten, das stärker auf demokratische und soziale Werte setzt statt auf Leistungs- und Karriereorientierung.

Oswald Pannes,  
Gisela Stahlhofen

Fortsetzung von Seite 1: Ausbildungsplätze ...

knapp, um wenigstens einen Teil der Maßnahmen noch umzusetzen. Es scheint, als seien die Schulabgänger 2013 die ersten Opfer des Kölner Sparhaushaltes. Von der Wirtschaft hat sich die Stadt zu lange einlullen lassen. Hier wollte Köln seinen Einfluss für mehr Arbeitsplätze geltend machen. Sie verließ sich auf die Kammern, die am Runden Tisch mehrfach betont haben, „dass sie aufgrund des Fachkräftebedarfs keinen Verdrängungswettbewerb auf dem Ausbildungsstellen-Markt erwarten“. Doch diese mussten nun selbst einen Rückgang von Ausbildungsplätzen eingestehen. „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ wusste schon Lenin. Die Stadt sollte sich nicht von Sonntagsreden blenden lassen, sondern verbindliche Vereinbarungen einfordern.

Jörg Detjen



Foto: R media base

**Von Freitag dem 30.11. bis Sonntag 2.12. haben an der Kölner Universität rund 1.000 Teilnehmer in 90 Veranstaltungen über Alternativen zum aktuellen Spardiktat und Demokratieabbau in Europa diskutiert. Philipp Schubert, 1. AStA-Vorsitzender an der Universität zu Köln und aktiv bei DieLinke.SDS, meinte: „Hier in Köln setzen wir ein Zeichen für internationale Solidarität. Krankenversicherung, Bildung, Sozialstaat - das sind Errungenschaften, die Aktivisten in aller Welt gemeinsam verteidigen müssen. Wir wollen keine Sparpakete für Bankenprofite, wir wollen ein besseres Leben für alle Menschen!“**

## Weiter Unzufriedenheit mit Sonntagsöffnung

Die Einschränkung der von der schwarz-gelben Vorgängerregierung deregulierten Ladenöffnungszeiten war eines der Wahlversprechen der rot-grünen Landesregierung. Eine Novelle des Ladenöffnungsgesetzes wird gerade vorbereitet. DGB, verdi und Kirchen sehen den Entwurf allerdings nicht so positiv wie der nord-

rhein-westfälische Wirtschaftsminister Duin. Statt „gute Bedingungen für den Einzelhandel, die Beschäftigten und die Kunden“ festzustellen, sind die Gewerkschaften tief enttäuscht. In einem Offenen Brief an die Kölner Landtagsabgeordneten und den Oberbürgermeister Roters macht die „Kölner Allianz für den freien Sonntag“ ihrem Ärger darüber Luft, dass bei den geplanten 13 verkaufsoffenen Sonntagen „von einem Schutz des Sonntags [...] keine Rede sein“ kann. Diesen Etikettenschwindel dürfen wir Rot-Grün nicht durchgehen lassen!

Jörg Detjen

# Aus den Bezirken

## ■ Kalk

### S 21 in der Humboldt-kolonie

Auch wenn es in einem Antrag von CDU und SPD in der Kalker Bezirksvertretung hieß, dass es sich beim geplanten Bauvorhaben um den „Lückenschluss der ICE-Trasse Köln-Frankfurt“ handelt, so ist das nicht ganz korrekt. Ein Bahnsprecher wies in einem Fachgespräch mit den Lokalpolitikern darauf hin, dass es sich hier um den Ausbau der Strecke Stuttgart-Düsseldorf handele, also einer direkten Folge des Stuttgarter Tiefbahnhofs, der bundesweit als „Stuttgart 21“ bekannt ist.

Mobilität ist ein Grundrecht und die Bahn ist keine Profitmaschine, sondern wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Millionen Menschen sind auf bezahlbare und pünktliche Mobilität angewiesen, um zur Arbeit und nach Hause zu kommen, um politische Rechte wahrnehmen zu können, um Angehörige, Freundinnen und Freunde zu besuchen und Freizeit zu gestalten. Dafür braucht es in erster Linie einen Ausbau des Nahverkehrs wie einen rechtsrheinischen S-Bahnring und nicht neue Hochgeschwindigkeitstrassen.

Sollte es in den nächsten Jahren in Humboldt-Gremberg tatsächlich zum Ausbau der ICE-Trasse kommen, wird DIE LINKE an der Seite der betroffenen Anwohner stehen. Wir werden alle Möglichkeiten der Einflussnahme prüfen und fordern die Deutsche Bahn AG auf, ihr Konzept zu überdenken und eine Alternative darzulegen.

Die heutige Deutsche Bahn AG ist darauf ausgelegt, Profite zu erwirtschaften. DIE LINKE stellt aber den Mensch vor den Profit und so soll die Bahn maximale Zusagen für die Anwohner machen, auch wenn das den Profit schmälert. Man muss Bahn völlig anders denken und sie dem Gemeinwohl unterordnen. Dann ist eine soziale und ökologische Mobilität für die Menschen statt für die Profite möglich.

DIE LINKE hält den Ausbau des S-Bahnringes mit Haltestellen an der Bonner Straße und der Aachener Straße für wesentlich dringlicher, als den Ausbau einer ICE-Strecke in Folge eines überbelegten Bahnhofs in Stuttgart.

*Claus Ludwig, HP Fischer*

## ■ Kalk

### Keine LKWs in Wohngebieten

Das letzte LKW-Führungskonzept der Stadt Köln stammt von 1992. In 20 Jahren hat sich das Straßennetz im Stadtgebiet in einigen Bereichen deutlich verändert. Es wurden neue Straßen gebaut, die einerseits für den LKW-Verkehr eine wesentliche Verbes-

serung gebracht und andererseits Wohngebiete verkehrlich entlastet haben. Als Beispiel sei hier die „Straße des 17. Juni“ im CFK-Gelände genannt, wodurch Vietorstraße und Kalk-Mülheimer-Straße optimal umfahren werden können.

Schon an diesem Beispiel erkennt man, dass eine Aktualisierung des LKW-Führungskonzeptes dringend notwendig ist. Ziel ist es, Routen festzulegen, auf denen sich der LKW-Durchgangsverkehr bewegen soll. Dies hat in aller Regel empfehlenden Charakter und wird nur im begründeten Ausnahmefall durch restriktive Eingriffe durchgesetzt. Man kann auch von einer Positiv-Liste sprechen.

Daher wollen DIE LINKE, die Grünen und auch die SPD in Kalk dem LKW-Durchgangsverkehr so wenig Routen wie möglich empfehlen und brachten einen gemeinsamen Änderungsantrag ein. Dieser favorisiert die strengste Durchfahrtsverbotszone für LKW über 7,5 t bis zum Autobahnring und damit im Bezirk Kalk für die Stadtteile Kalk, Humboldt-Gremberg, Höhenberg, Vingst, Ostheim und einen kleinen Teil Merheims. Darüber hinaus sollen die Lützerathstraße samt Rösrather Straße zwischen Neubrück und Bensberger Straße sowie die Eiler Straße und der Rather Mauspfad nicht als LKW-Empfehlungen dargestellt werden. Dadurch wird auch der Neubrücker Ring vom LKW-Durchgangsverkehr entlastet. Das ist wichtig, weil er genau zwischen dem Siedlungsgebiet Neubrück und dessen so genannten Frischluftschneisen verläuft.

Wichtig ist aber auch, dass unsere Straßen hauptsächlich von LKW verschlissen werden. So gibt Straßen.NRW an, dass ein LKW mit zweimal zehn Tonnen Achslast die gleiche Zerstörungswirkung wie 60.000 PKW hat. Kommunale Straßen müssen mit kommunalem Geld saniert werden. Sollen die LKW da fahren und verschleifen, wo eine Maut erhoben wird und nicht da, wo sie den Stadthaushalt belasten und die Wohnbevölkerung beeinträchtigen.

*HP Fischer*

## ■ Chorweiler

### Doch die Hoffnung stirbt zuletzt...

Donnerstag, 13. Dezember 2012, 17 Uhr: Am Pariser Platz in der Neuen Stadt Chorweiler versammeln sich in bitterer Kälte hunderte von Menschen, um Worten der Hoffnung zu lauschen. Jeder von ihnen hält ein Teelicht im Becher in der Hand und reckt es von Zeit zu Zeit gen Himmel um zu demonstrieren: In Chorweiler dürfen die Lichter nicht ausgehen. Die Lichter – ein Symbol der Hoffnung, dass am 18. Januar des kommenden Jahres 1200 seit



Jahren zwangsverwaltete Wohnungen an der Stockholmer Allee, der Florenzer und der Osloer Straße nicht in die Hände einer Heuschrecke geraten, die die bereits stark vernachlässigten Wohneinheiten aufkauft, um sichere Mieten einzustreichen, ohne auch nur einen Cent zu investieren.

Allein die von der Kommune zu leistenden Kosten der Unterkunft von Transferleistungsempfängern in Höhe von jährlich mehreren Millionen Euro sind ja eine erkennbare Verlockung. Dass dennoch Widerstand gegen einen solchen Supergau möglich ist, zeigt das Beispiel Porz-Finkenbergl, wo sich Mieter von Wohnungen, die der Talos-Gruppe gehören, mit Hilfe einer Anwaltskanzlei durch Mietminderung oder Mietrückhaltung gegen die Unterlassung notwendiger Sanierungsmaßnahmen zur Wehr setzen.

Ob diese Waffen auch im Fall von Chorweiler greifen können, war u.a. Thema eines Informationsabends des Ortsverbands Nord der Kölner LINKEN am 11. Dezember, wo Fraktionssprecher Jörg Detjen und Siggie Heidt, Leiterin des Sozialbüros der katholischen Kirchengemeinde in Chorweiler mit OV-Mitgliedern, dem Sozialraumkoordinator Ellerbrock, Pfarrer Ottinger von der evangelischen Kirchengemeinde und anderen über Möglichkeiten des Widerstands diskutierten.

Eine wichtige Mitwirkende vor der Entscheidung am 18. Januar ist die NRW-Bank, die mit über 30 Millionen Euro der größte Gläubiger ist. Von ihrem Verhalten werden auch die Bemühungen der Stadt beeinflusst, eine eigene Bietergemeinschaft auf die Beine zu stellen, die den Heuschrecken finanziell Paroli bieten könnte. Da aber ein Erfolg durchaus nicht gesichert ist, arbeitet die Kommune auch an einem Plan B, in dem alle juristischen Folterinstrumente zusammengestellt werden sollen, um einer siegreichen Heuschrecke das Ausweiden der Objekte so schwer wie möglich zu machen.

Ob all das aber genügt, um den Zockern das Bieten zu verleiden, bleibt zur Stunde fraglich. Die dreitausend betroffenen Mieter und Mieterinnen und ihre Mitstreiter in der Stadt können nur hoffen.

*Dieter Wernig*

# Aus den Ausschüssen

## ■ Kunst und Kultur

### Mehr Interkultur durch Stellenstreichung?

Die Stadtspitze plant, die Stelle des Referenten für Interkulturelle Projekte zu streichen. Sie ist bislang beim Kulturamt angesiedelt, welches für die Förderung und Betreuung der freien Kulturszene in Köln zuständig ist.

Dieser Beitrag des Kulturdezernates zum anstehenden Kölner Kürzungshaushalt war Anlass für DIE LINKE erneut eine Anfrage zu diesem Thema zu stellen – zum dritten Mal in diesem Jahr. Im Februar hatte DIE LINKE das erste Mal nach der Besetzung der Stelle gefragt, die durch den einjährigen unbezahlten Urlaub des Referenten ab März vakant sein würde. Die Verwaltung hatte auf ein laufendes Besetzungsverfahren verwiesen und angekündigt die Stelle baldmöglichst zu besetzen.

Nachdem im Juni die Stelle nicht besetzt war und die Verwaltung weder den Kulturausschuss noch den Integrationsrat, in dem auch Nachfragen laut wurden, informiert hatte, fragte DIE LINKE zur Junisitzung des Rates nach dem Stand des Besetzungsverfahrens.

Bis Ende September ließ sich die Verwaltung Zeit, schließlich doch noch eine Antwort vorzulegen. Die allerdings wies einige Ungereimtheiten auf:

Die Verwaltung hatte im Frühjahr das Bewerbungsverfahren aufgehoben. Als Begründung wurde genannt, dass „die befristete Vakanz bis 31.03.2013 durch vorhandene Personalkapazitäten im Kulturamt sichergestellt werden kann“.

Später in der Antwort schreibt die Verwaltung jedoch, dass ohne den Fachreferenten eine „Prüfung der Anträge unter Qualitätsgesichtspunkten [...] wegen fehlender spezifisch interkultureller Fachkompetenz nicht durchgeführt werden“ konnte.

Das Verwaltungshandeln gleitet in Slapstick ab, denn am 05.07. gab sie die Besetzung der Stelle wieder frei – nur um sie später wieder zu stoppen, da eine Besetzung nach zeitaufwändigen Verfahren für den Rest der des Jahres kaum noch sinnvoll sei.

In der „Stadtkonferenz“ zum Kürzungshaushalt am 13.12. wandte sich Kulturdezernent Quander gegen die Referentenstelle für Interkulturelle Projekte. Sie habe sich ein Stück weit überholt und zeige Züge der 70er und 80er Jahre. Das Thema Interkultur sollte heute nicht mehr abgekapselt werden, sondern über alle Bereiche hinweg betreut werden.

Die interkulturelle Perspektive in allen Bereichen der Förderung zu berücksichtigen, ist sogar eine durchaus sinnvolle Position – allerdings verschleiert sie hier nur die

Folgen der Streichung: Es gibt im Kulturamt nach der Streichung nicht mehr die Fachkompetenz zur Berücksichtigung interkultureller Projekte – nicht mehr in einem eigenem Bereich und noch lange nicht über alle Bereiche hinweg.

Deshalb wartet unsere Frage immer noch auf eine Antwort (zum Sitzungstermin lag sie wieder einmal nicht vor):

„Welche Neueinstellungen oder Fortbildungen plant die Verwaltung, um dem oben genannten Problem zu begegnen, dass die Mitarbeiter des Kulturamtes nicht die notwendige „spezifisch interkulturelle Fachkompetenz“ aufweisen?“

*Gisela Stahlhofen, Wilfried Kossen*

## ■ Sport

### Gesellschaft mit beschränkter Einsicht

In Folge eines Ratsbeschlusses waren im Oktober unter anderem im Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) die Managergehälter aller städtischen Betriebe veröffentlicht worden. Eine Ausnahme gab es allerdings beim Geschäftsführer der Sportstätten GmbH. Auf Anfrage teilte die Verwaltung zunächst ausweichend mit, dass die Sportstätten GmbH ja gar nicht zum Stadtwerkekonzern gehöre und, dass überdies das Gehalt des Geschäftsführers im (nichtöffentlichen) Jahresabschlussbericht zu finden sei, was freilich gar nicht der Fall war. Hingewiesen auf den Ratsbeschluss, der eine Gehaltsveröffentlichung quasi vorschreibt, schob die Verwaltung eine „klarstellende Ergänzung“ nach, die eine Gehalts-Veröffentlichung allerdings erst für den Jahresabschluss 2012 in Aussicht stellt.

Der KStA publizierte dann tatsächlich jetzt schon Zahlen. Demnach bekommt Herr Rütten ca. 200.000 Euro, bei „variablen“ Anteilen. Woher diese Zahlen stammen, ist offen. Es ist aber davon auszugehen, dass hier nicht das tatsächliche, sondern lediglich das Mindestgehalt genannt wird.

Im selben Bericht wurde auch kolportiert, dass Herr Rütten wohl keine Vertrags-

verlängerung erhält, da eine „Strukturreform“ im Sportbereich anstehe.

Dazu sollte man wissen, dass bereits seit mehr als zwei Jahren ein externes Gutachten im Auftrag des Finanzausschusses vorliegt, das zu dem handfesten Ergebnis kommt, dass die Sportstätten ineffektiv arbeiten und das eine Umstrukturierung dringend empfiehlt.

Dem ungeachtet lobt die Presse das „erfolgreiche Wirtschaften“ des Sportstätten-Chefs und führt dafür „ungeplante“ Einkünfte aus der Vermietung von Stadion-Lounges an. Die übertroffenen Prognosen stammen aber im Wesentlichen von den Sportstätten selbst, und dass da zunächst mal tiefgestapelt wird, um später umso leichter glänzen zu können, versteht sich von selbst. Dabei werden die Verluste der GmbH wegen der halbierten Stadionmiete infolge der FC Zweitligazugehörigkeit für dieses und das kommende Jahr um insgesamt 4,5 Millionen Euro höher ausfallen als geplant und damit für 2012 bei ca. 10 Millionen Euro liegen. Dadurch summieren sich die Kosten für die Stadt durch die Verlustausgleiche der letzten 10 Jahre auf über 80 Millionen.

Einen womöglich letzten Coup hat Rütten Ende November getätigt: Er kündigte dem Kölner Sportamt den Mietvertrag für die Abelbauten am Rhein-Energie Stadion. Die Abelbauten wurden dem Sportamt vor 10 Jahren gleichsam weggenommen und an die Sportstätten übertragen, damit sich deren Eigenkapital erhöht. Allerdings unter Auflagen, die jetzt unterlaufen werden. Dass das Sportamt über diese Volte empört ist, kann man nachvollziehen, zumal über 30 Vereine, Schulen und Sportgemeinschaften den Verlust der Trainingsstätten befürchten müssen. Inzwischen wurde seitens der Sportstätten beschwichtigend erklärt, es handele sich bei der Kündigung lediglich um einen „rein formalen“ Vorgang. Der Kündigungsgrund jedoch, die Verhinderung einer „automatischen Verlängerung des Mietverhältnisses zu den bestehenden Konditionen“, lässt alle Möglichkeiten offen. Schließlich sind die Abelbauten seit Monaten als Standort für den sogenannten DFB-Campus im Gespräch.

Einmal mehr bleibt vieles von dem, was eine städtische GmbH so treibt, im Düstern.

*Felix Schulte*



Die Abelbauten Foto: Marc John

## Gegen den Umbau der Dom-Nordseite

Die Betonpilze an der Dom-Nordseite sollen verschwinden und durch eine fast durchgehende Wand ersetzt werden. So wollen es die Stadtverwaltung und die Ratsmehrheit. Die Umgestaltung des Dommufelds am Dyonsosohof/Baptisterium ist nicht Gegenstand der aktuellen Entscheidung. Es geht bei dieser Entscheidung nur um die Beseitigung der Betonpilze. Die Beseitigung der Pilze hatte OB Roters in seinem Wahlkampf versprochen.

Die Linksfraktion sieht in dieser Neugestaltung keinen wesentlichen Fortschritt. Die Ästhetik der Architektur aus den 70er Jahren ist fraglich, der neue Entwurf überzeugt aber nicht. Die dringend erforderliche Entschleunigung des Autoverkehrs auf der Trankgasse zu Gunsten anderer Verkehrsteilnehmer wird mit der geplanten Maßnahme nicht erreicht. Die notwendige Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs auf der Trankgasse ist mit weniger Aufwendungen möglich.

1,4 Millionen Euro soll die Umgestaltung kosten, ohne dass der Tunnel verändert wird. Bei der katastrophalen Lage des Kölner Haushaltes müssen andere Projekte Priorität haben. Die Reparatur maroder Infrastruktur in den Bezirken muss gegenüber vermeintlicher Verschönerung in der Innenstadt Priorität genießen.

*Michael Weisenstein*

■ Soziales und Senioren

## Schweren Weg durch Sparwut noch schwerer machen

Frauen, die aus einer Gewaltsituation in ein Frauenhaus flüchten, sollen zukünftig erst ihren Einkommens- oder Vermögensstatus erklären. Wenn sie Geld verdienen, wird für sie ein Tagessatz von 64 Euro fällig. Das macht bei 30 Tagen im Monat eine monatliche Rechnung von 1920 Euro.

In der Theorie werden auch solche Frauen aufgenommen, die nicht genug verdienen oder keinen Anspruch auf Leistungen vom Sozialamt haben. In der Verwaltungsvorlage, die im November im Sozialausschuss beschlossen wurde, heißt es: „Keine Frau darf wegen eines fehlenden oder ungesicherten Leistungsanspruches abgewiesen werden (humanitäre Hilfegewährung nach SGB XII).“

In der Praxis geht allerdings die Angst um, dass bei Frauen, die den Tagessatz weder vom Amt erstattet bekommen, noch ihn selbst zahlen können, genauer hingeschaut wird, ob sie wirklich so dringend einen Frauenhausplatz brauchen. Schließlich gibt es genügend Gewaltbetroffene, die abgewiesen werden; ihre Plätze aber durch ALG II oder Sozialgeldanspruch für die



## Eine Woche vor dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen setzten die Teilnehmer der Fraktionsklausur der LINKEN ein Zeichen und unterstützten den Aufruf von Terre des Femmes „Frei leben – ohne Gewalt“

Kommune refinanzieren könnten. Es darf nicht sein, dass erwerbstätige Frauen ausgegrenzt werden und zu ihren gewaltbereiten Lebenspartnern zurück gehen müssen, wenn sie den Tagessatz nicht zahlen können. Das grenzt an unterlassene Hilfeleistung! Wir werden nicht hinnehmen, dass Schutz vor Gewalt am Einkommen festgemacht wird. Egal, ob eine Verkäuferin oder die Frau eines Arztes Gewalt erfährt, beide haben den Anspruch auf Schutz in einem Frauenhaus.

Bei den Sparvorschlägen der Verwaltung bleibt nur zu hoffen, dass die EU-Richtlinien zu Frauenhäusern Berücksichtigung finden. Sie sehen einen Platz je 7500 Einwohner/-innen vor. In Köln kommt mit 46 Familienplätzen, davon 26 für Kinder, statistisch ein Platz auf fast 22.000 Einwohner/-innen. Insgesamt wurden 2011 bundesweit - bei einer hohen Dunkelziffer - mehr als 25.000 Strafanzeigen wegen häuslicher Gewalt erstattet. Das ist ein Anstieg um mehr als 70 % gegenüber dem Jahr 2002. Köln braucht eher ein 3. Frauenhaus statt Einschränkungen oder gar Kürzungen vorzunehmen. Vor dem Hintergrund, dass 42 % aller befragten Frauen Formen von Gewalt erleben, ist das nicht hinnehmbar.

*Gisela Stahlhofen*

■ Stadtentwicklung

## Studentisches Wohnen fördern!

Die Quote der Student/-innen, die in Köln im Studentenwohnheim wohnen, ist unterdurchschnittlich. In unserer Stadt beträgt sie 6 %. Landesweit haben 10 % der Studierenden einen Wohnheimplatz.

Außerhalb der Wohnheime gibt es ca. 540.000 Wohnungen in Köln. Nur 7 % davon sind Sozialwohnungen. Vor 10 Jahren

waren es noch 12 %. 47 % der Kölner Haushalte haben Anspruch auf eine Sozialwohnung.

Köln nimmt sich vor, mindestens 3.800 Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon 1.000 Sozialwohnungen. Tatsächlich werden aber nur 2.600 gebaut, davon circa 600 bis 700 Sozialwohnungen. Um die aktuelle Sozialwohnungsquote zu halten, müssten 1.350 Sozialwohnungen pro Jahr gebaut werden.

Die meisten Wohnungen unterhält die GAG mit 42.000 Wohnungen.

Studentisches Wohnen muss auch Thema für die Stadt und Kommunalpolitik sein. Die Hochschulen müssen sich dem Thema Wohnungsnot bei Studenten annehmen und Initiativen starten. Denn der Hochschul- und Wissenschaftsstandort bleibt nur dann attraktiv, wenn die Student/-innen auch wohnen können. Das könnte auch für die IHK (Industrie- und Handelskammer) interessant sein.

Kooperationen zwischen GAG und Studentenwerk müssen ausgebaut werden, gegebenenfalls müssen beide gemeinsam bauen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch WG-tauglich gebaut werden muss.

In den Stadtteilen, in welchen das studentische Wohnen bis dato unterrepräsentiert ist, muss studentische Infrastruktur geschaffen werden, damit diese Stadtteile für Student/-innen attraktiv gemacht werden.

Es müssen viele kleine Baumaßnahmen umgesetzt werden. Ein Weg zu mehr Wohnungen könnte die Aufstockung bestehender Häuser in Kooperation mit Genossenschaften sein.

Schließlich braucht das Studentenwerk Zuschüsse - nicht nur Kredite - vom Land. Außerdem müssen die Stadt Köln und das Land NRW dem Studentenwerk günstiges Bauland zur Verfügung stellen.

*Michael Weisenstein*

# DGB fordert Rat zur Unterstützung der Vermögenssteuer auf

Mit einer Ratsinitiative hat sich der DGB Köln/Bonn in die Spardebatten zum künftigen Kölner Haushalt 2013/14 eingebracht. Gleichlautende Anträge wurden vom DGB in die Räte der Städte Köln, Bonn und Leverkusen eingebracht. Die beiden Forderungen lauten:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögensteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis Vermögensteuer jetzt ([www.vermoegenssteuerjetzt.de](http://www.vermoegenssteuerjetzt.de)) bei.

2. Der Oberbürgermeister und der Rat werden aufgefordert sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögensteuer einzusetzen.

Diesen Antrag kann jeder Kölner und jede Kölnerin unterstützen. Unterzeichner sind neben vielen Gewerkschafter/-innen auch viele Mitglieder der LINKEN und der

LINKEN Ratsfraktion. Die Partei DIE LINKE fordert eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer schon lange. 1997 wurde sie unter der Regierung Kohl abgeschafft, nachdem das Bundesverfassungsgericht sie in der derzeitigen Fassung für nicht verfassungskonform erklärt hatte. Die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder, die 1998 an die Macht kam, führte sie in einer überarbeiteten Form aber ebenfalls nicht wieder ein.

In der Begründung des Ratsantrags verweist der DGB auf den Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut. 1 % der Bevölkerung besitzt mit 36 % des Geldes mehr als ein Drittel des gesamten deutschen Vermögens. Dieses Geld ist meist über Generationen ererbt. Gewinne daraus werden selten in die Realwirtschaft investiert. Es fließt vielmehr bevorzugt in Finanzgeschäfte, die die Spekulationskrisen welt-

weit anfeuern. Selbst bei einem Freibetrag von 2 Millionen Euro, so rechnet der DGB NRW vor, würde eine Vermögenssteuer von 1 % 3,5 Mrd. Euro in die Kassen von Nordrhein-Westfalen spülen. Für Köln ergäbe das zusätzliche Einnahmen von 110 Mio. Euro im Jahr! Mit einer Stärkung der Einnahmeseite ließe sich nicht nur der drohende soziale Kahlschlag verhindern. Wenn die Stadt in der Lage ist, alle notwendigen Investitionen zur kommunalen Daseinsvorsorge zu tätigen, schaffen diese Investitionen Arbeit und spülen über ein höheres Aufkommen an Gewerbe- und Einkommenssteuer wiederum mehr Geld in die Stadtkasse.

Die Stadtratsfraktion hat daraufhin den Oberbürgermeister in einem Brief gebeten, diese Initiative zu unterstützen.

Der Antrag kann online unter [www.koeln-bonn.dgb.de](http://www.koeln-bonn.dgb.de) unterstützt werden.  
Jörg Detjen

## Sensibler Datenhandel

In der letzten Zeit ist der Umgang mit Melde- und Daten durch die Kommunen oft Thema in der Presse gewesen. Grund dafür ist eine Aktualisierung des Meldegesetzes, die die Weitergabe von Daten seitens der Meldeämter erleichtert. Auf Nachfrage der LINKEN bestätigte die Verwaltung eine Pressemitteilung, wonach in Köln ausdrücklich kein Datenhandel betrieben werde. Köln hält sich vollumfänglich an das alte, bisher noch gültige Meldegesetz, dass eine Weitergabe nur in engen Grenzen nach festgelegten Gebühren vorsieht.  
Jörg Detjen

## Gelder für Bildungspaket bleiben im Jugendhilfeeat

Nachdem DIE LINKE in den Ausschüssen wiederholt die Forderung erhoben hat, nicht ausgegebene Gelder des Bildungs- und Teilhabepakets dürfen nicht im allgemeinen Haushalt verschwinden, sondern müssen in jedem Fall für Kinder und Jugendliche ausgegeben werden, ist die Gefahr gebannt. Aus dem nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium kam ein Erlass, der genau das vorschrieb. Zur Ratssitzung hat DIE LINKE angefragt, wie viele Gelder nicht abgerufen worden und in welchen Haushaltsposten sie in das neue Jahr übertragen werden. Auch wenn DIE LINKE das Bildungs- und Teilhabepaket für eine verkorkste Maßnahme hält: Wenn diese unsoziale Bundesregierung schon Gelder für arme Kinder zur Verfügung stellt, wird DIE LINKE darüber wachen, dass sie auch bei den Richtigen ankommen.  
Gisela Stahlhofen

## Jüdisches Museum/ Archäologische Zone – Ein Angebot des LVR

Der Landschaftsausschuss hat am 23.11.2012 mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und der LINKEN und gegen die Stimmen der CDU ein Angebot an die Stadt Köln beschlossen.

Der Vertreter der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde, der dem Gremium mit beratender Stimme angehört, erklärte seine Fraktion sei ebenfalls dagegen. Der LVR ist bereit, das künftige Museum als LVR-Einrichtung zu betreiben, den Bau und auch den künftigen Unterhalt des Hauses soll die Stadt Köln übernehmen. Für die Fortführung des Projektes ist also Voraussetzung, was und wie der Rat der Stadt Köln über die Errichtung des Jüdischen Museums/Archäologische Zone entscheidet. Auswirkungen auf den Haushalt des LVR kann das Projekt erst bekommen, wenn die Bedingungen für den Betrieb des Museums geschaffen sind – und die sind angesichts der Haushaltslage der Stadt Köln äußerst schwierig zu erfüllen.

Die CDU-Fraktion und die Freien Wähler haben diesen Beschluss zum Anlass genommen, unter dem Motto „Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt ...“ eine Kampagne im ganzen Rheinland gegen die Archäologische Zone, das Jüdische Museum und den LVR zu entfachen. Reihenweise äußern sich Landräte und Bürgermeister, fassen Stadt- und Gemeinderäte mit entsprechenden politischen Mehrheiten Be-

schlüsse gegen das Vorhaben. Obwohl noch keine verlässlichen Zahlen über künftige Betriebskosten vorhanden sind – wie soll das auch möglich sein im jetzigen Stadium – rechnen sie vor, was der Betrieb die Mitgliedskörperschaften kostet.

Dabei muss davon ausgegangen werden, dass Kosten auf den LVR frühestens im Jahr 2018 zukommen können. Die Kampagne der CDU ist ein bislang einmaliger Versuch, den LVR zu diskreditieren und kulturelle Anliegen endgültig in den Bereich der freiwilligen Aufgaben zu verbannen, die die Kommunen erfüllen können – oder besser doch nicht.

Ulrike Detjen,  
Fraktionsvorsitzende  
der  
Fraktion  
DIE  
LINKE  
im Land-  
schaftsverband  
Rheinland



**DIE LINKE.**  
in der Landschaftsversammlung Rheinland

# Köln wird abgewrackt – Welche Stadt wollen wir?

Zur Dezemberratssitzung liegt der Entwurf eines Haushaltsplanes für 2013/14 vor. Dieser Entwurf wird in den kommenden Monaten durch Verwaltung und Stadtrat noch Änderungen erfahren und wohl in der Ratssitzung am 30. April oder am 18. Juni verabschiedet werden.

In einer ersten Pressekonferenz zum Haushalt am 12. September wurden bereits „Konsolidierungsmaßnahmen“ von 37 Mio. Euro angekündigt. Den größten Anteil hiervon sollen mit 14,3 Mio. das Dezernat IV für Bildung, Jugend und Sport und mit 9,7 Mio. das Dezernat V für Soziales, Integration und Umwelt tragen.

## **Nur ein geringer Teil der Ausgaben ist veränderbar**

Das Dezernat V hat insgesamt einen Etat von 856 Mio. Euro. 9,7 Mio. scheinen da nicht allzu sehr ins Gewicht zu fallen. Doch von den 856 Mio. Euro sind 74 % Pflichtleistungen. Auf diese Leistungen hat die Stadt keinen Einfluss, sie sind durch Bundes- und Landesgesetze festgelegt. Diese Pflichtleistungen reichen von der Grundversicherung im Alter, über Hilfe zur Pflege, Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderung, Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen, bis hin zu Verbraucherschutz, Lebensmittelkontrollen und Tierschutz. Bei weiteren 23 % der Ausgaben ist die Stadt zur Leistung verpflichtet, kann aber Art und Umfang der Leistung beeinflussen.

Nur 3 % der Leistungen des Sozialdezernates sind sogenannte „freiwillige Leistungen“ aufgrund politischer Beschlüsse des Stadtrates. Hierzu zählen der KölnPass, die Einschulungsbeihilfe, Schülermittagessen, der Betrieb von Bürgerhäusern und Bür-

gerzentren, Angebote für Senioren, Klimaschutz und Umweltbildung, das Referat für Lesben, Schwule und Transgender und Interkulturelle Arbeit.

## **Zertrümmern sozialer Strukturen**

Begleitet und angefeuert von SPD und Grünen, CDU und FDP zertrümmert der Kürzungshaushalt der Stadtverwaltung, wenn er so umgesetzt wird, soziale Strukturen in Köln. Die Streichung der Sozialraumkoordinatoren, die Streichung von Fördermitteln für die Bürgerhäuser, die Senkung der kommunalen Mittel für die Offene Ganztagschule um (zum zweiten Mal) fünf Prozent, die weitgehende Streichung der Interkulturellen Arbeit, die heftigen Einschnitte bei der Seniorenarbeit,... Die Schäden für die Veedel, für Kinder, Senioren und Migranten werden unmittelbar zu spüren sein.

## **Es regt sich Widerstand**

Einige der Kürzungsvorschläge der Stadtspitze sind sogleich Gegenstand der öffentlichen Kritik geworden. Ein solcher Vorschlag ist die Streichung der Sozialraumkoordinatoren, die in benachteiligten Stadtteilen Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Wohnen, Beschäftigung, Bildung, und Integration unterstützen und koordinieren. Diese Aufgaben sollen in Zukunft von der Bezirksjugendpflege übernommen werden – natürlich ohne dass deren Personal aufgestockt würde. Gegen diese Streichung wandten sich in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister und die Fraktionen eine Vielzahl von Vertretern von Vereinen, Verbänden, öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen aus Chorweiler. Auch DIE LINKE hat sich dieses Themas angenommen und bringt die unentbehrlichen

Leistungen des Sozialraumkoordinators in einer Anfrage in der Bezirksvertretung Chorweiler zur Sprache.

Die Bürgerhäuser protestieren gegen die geplante Streichung von 1,1 Mio. Euro an Zuschussmitteln. Für das Bürgerhaus Stollwerck und das Bürgerzentrum Deutz wurden bereits Petitionen aufgesetzt. Sie können auf der Infoseite der Fraktion ([www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)) zum Haushalt heruntergeladen werden.

Streichungen bei den Bürgerhäusern werden dazu führen, dass diese immer weniger als Veranstaltungsorte zur Verfügung stehen oder selbst solche anbieten können. Noch ist nicht klar, ob die Streichungen sogar zur Schließung eines oder mehrerer Häuser führen werden.

## **Für eine Stadt, die solidarisch ist!**

Die Leistungen Kölns für Kinder, Jugendliche und Senioren, in der Bildung, bei der Integration von Migranten, bei der Beschäftigungsförderung, bei der Inklusion von Menschen mit Behinderungen sind keine „Geschenke“ oder „überkommene Besitzstände“, wie kürzungseifrige Politiker hetzerisch in ihren Reden verkünden. Es sind Beiträge zu einer solidarischen Stadt!

## **Laufend aktuelle Informationen zum Kürzungshaushalt**

Die Fraktion DIE LINKE hat ein Informationsportal zum Kürzungshaushalt 2013/14 aufgesetzt. Aktuelle Zahlen und Daten zum Haushalt, die Antworten auf unsere Anfragen zu den Kürzungen und Informationen über den Widerstand werden laufend eingestellt:

[http://www.linksfraktion-koeln.de/haushalt2013\\_14.html](http://www.linksfraktion-koeln.de/haushalt2013_14.html)

*Jörg Detjen, Wilfried Kossen*

## Kein Wintermärchen: Stadtkonferenz zum Kürzungshaushalt

Für den 13.12. hatte der Oberbürgermeister zu einer Anhörung in den Ratssaal geladen. Etwa 70 Vertreter verschiedener Organisationen waren gekommen, die Spanne reichte vom Kölner Jugendring über Wohlfahrtsverbände und den Kölner Kulturrat bis hin zur Industrie- und Handelskammer.

Gleich zu Beginn der an die jeweiligen Vorträge der Kämmerin und der Dezernentinnen anschließenden Diskussion wurde sehr grundsätzliche Kritik vorgebracht. Die Beteiligung erfolgte viel zu spät, nur wenige Tage bevor der Entwurf des Haushaltsplanes in den Rat eingebracht wurde und die Form der Veranstaltung ermögliche keine wirkliche Einflussnahme.



gen, um sich überhaupt auf Förderungen des Landes, des Bundes oder dritter Stellen bewerben zu können.

Einen ausführlichen Bericht zur Stadtkonferenz können Sie auf der Internetseite der Fraktion lesen oder:

[www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln](http://www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln)

*Wilfried Kossen*

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Justizzentrum: OB Roters muss aktiv werden!

Die Kontroverse Stadt Köln gegen den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) nimmt Fahrt auf. In allen zuständigen Ausschüssen und im Rat wurde die städtische Entwicklungskonzeption für die südliche Innenstadt-Erweiterung in Bayenthal, Raderberg und Zollstock (ESIE) beschlossen. Für das Areal der früheren Dom-Brauerei bedeutet dies ein Votum für den Bau von dringend benötigten Wohnungen, eine Schule und die Verlängerung des inneren Grüngürtels bis zum Rheinufer. Dagegen hat aber der BLB schon vorher unmissverständlich erklärt, dass er mit der ESIE-Konzeption nicht einverstanden ist. Er deutete damals an, dass man ja dort auch ein neues Justizzentrum bauen könne, und behielt sich für das Land NRW als Eigentümerin des Grundstücks entsprechende Planungen vor.

Danach war Schweigen und man hätte meinen können, die Idee sei vom Tisch. In Wirklichkeit aber hat der BLB unter Ausschluss der Öffentlichkeit weiter daran gearbeitet, seine Netze bis in die Stadtentwicklungspolitik hinein geknüpft - dort wird schon von einem „Justizcampus“ geschwärmt! - und jetzt der Landesregierung ihre genehmigungsfähige Planung zum Bau des Justizzentrums in Bayenthal präsentiert.

Den Bürgern, die sich in der Südstadt gegen dieses Vorhaben wehren, wurde von Seiten der Politik vorgehalten, es gebe keinen Grund zur Panik. Das sei ja eben nur eine Idee, und man müsse erst mal abwarten, was das Land NRW als Grundstückseigner zu tun gedenkt.

Das aber ist genau der falsche Weg! Die Stadt hat zwar die Planungshoheit über das Grundstück. Das Eigentumsrecht des Landes aber ist stärker. Die Stadt kann also ihre ESIE-Vorstellungen allenfalls auf dem Verhandlungsweg durchsetzen. Wenn OB Roters nun aber abwarten will, bis die befassten Landesministerien ihr Votum erarbeitet haben, dann nimmt er in Kauf, überrollt zu werden. Er muss offensiv an den BLB und

an die aktuell befassten Ministerien herantreten und sich für den ESIE-Kurs stark machen.

Die unter Beteiligung der LINKEN entstandene Initiative „Kein Justizzentrum in Bayenthal“ sammelt Unterschriften zu den folgenden Forderungen:

Wir fordern den Oberbürgermeister der Stadt Köln auf,

- von der Landesregierung NRW und dem BLB gegenüber zeitnah klar und eindeutig die Ablehnung der Pläne eines Justizzentrumsneubaus in Bayenthal zu erklären,

- von der Landesregierung NRW und den BLB zu fordern, das alle Planungstätigkeiten für ein Justizzentrum in Bayenthal unverzüglich eingestellt werden,

- die Realisierung der ESIE-Planung auf der Dom-Brauerei-Brache - also: öffentlich geförderter Wohnungsbau, Neubau einer Schule und Grüngürtel bis zur Rheinuferstraße - möglichst bald in Angriff zu nehmen.

Mit dieser Orientierung ist durch die Initiative nun auch eine Petitionskampagne

ins Leben gerufen worden. Es geht dabei um eine Beschwerde an den Petitionsausschuss darüber, dass der OB die geforderten Aktivitäten unterlässt und einfach passiv bleibt. Der Kampagne kann sich jede und jeder anschließen, und zwar unter dem Link



**Nicht nur auf dem Bildungstreik 2009: der Bildungsschreck ist auch in Köln aktiv**

[www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_1/1.3/Petitionen/online-petition.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_1/1.3/Petitionen/online-petition.jsp)

Einfach Personalien eingeben und die drei Forderungen in das entsprechende Fenster hineinkopieren. Oswald Pannes

## Termine... Termine... Termine...

Mo, 14.01., 18 Uhr  
**AK Gesundheit und Behindertenpolitik**  
Di, 15.01., 16.30 Uhr  
**AK Stadtentwicklung**  
Mo, 21.01., 17 Uhr  
**AK Umwelt**

Do, 24.01., 18 Uhr  
**AK Jugend und Schule**  
Do, 24.01., 18 Uhr  
**AK Kunst und Kultur**  
Do, 31.01., 18 Uhr  
**AK Soziales/Hartz IV**

Alle Termine finden, soweit nicht anders angegeben, in den Räumen der Fraktion statt.



Wir drucken auf Recycling-Papier mit einem RISO-Printer mit umweltfreundlicher Farbe auf Soja-Öl-Basis. Die RISO-Printer entwickeln beim Druckprozess keine Wärme und stoßen kein Ozon aus. Sie verbrauchen bis zu 95% weniger Energie als leistungsgleiche, tonerbasierte Systeme. RISO-Printer werden nach der WEEE-Richtlinie produziert und tragen das Gütezeichen Energy Star, das besonders Energie sparende Bürosysteme auszeichnet.